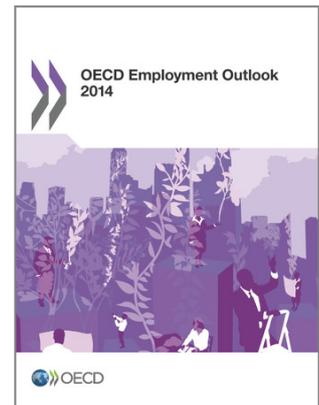


OECD *Multilingual Summaries*

OECD Employment Outlook 2014

Summary in German



Die komplette Publikation finden Sie unter: 10.1787/empl_outlook-2014-en

OECD-Beschäftigungsausblick 2014

Zusammenfassung in Deutsch

Die Arbeitsmarkterholung im OECD-Raum bleibt unvollständig

Die Arbeitslosigkeit liegt in vielen OECD-Ländern trotz einer Belebung des Beschäftigungswachstums nach wie vor deutlich über dem Vorkrisenniveau. Für den weiteren Jahresverlauf 2014 und für 2015 wird ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit projiziert. Die Verfestigung der hohen Arbeitslosigkeit hat in einigen Ländern zu einem Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit geführt, der durch eine Belebung des Wirtschaftswachstums nicht automatisch rückgängig gemacht werden dürfte, da er insbesondere unter den Langzeitarbeitslosen einen Verlust an Humankapital und Motivation bei der Arbeitsuche zur Folge hatte. Im OECD-Raum insgesamt waren im letzten Quartal 2013 17,2 Millionen Menschen – mehr als ein Drittel der Arbeitslosen – mindestens 12 Monate arbeitslos, fast doppelt so viele wie 2007. In Anbetracht dieser Entwicklungen sollte die Förderung der Nachfrage dort ein zentrales politisches Ziel bleiben, wo die Erholung weniger robust ausfällt, und mit verstärkten Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit einhergehen. Beschäftigungs- und Ausbildungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose sollte Priorität eingeräumt werden, da Langzeitarbeitslose bei der Arbeitsuche normalerweise mit erheblichen Hindernissen konfrontiert sind und mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit aus der Erwerbsbevölkerung ausscheiden.

Das reale Lohnwachstum ist erheblich zurückgegangen

Für viele, die ihren Arbeitsplatz behalten haben, sind die Realeinkommen langsamer gestiegen, wenn nicht sogar krisenbedingt gesunken. Von der anhaltenden Zunahme der Arbeitslosigkeit in vielen OECD-Ländern ging ein deutlicher Abwärtsdruck auf das Reallohnwachstum aus. Diese Entwicklung trug zur Senkung der Lohnstückkosten bei und hatte in der Folge einen positiven Einfluss auf die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in einer Reihe von Ländern insbesondere im Euroraum. Weitere Lohnanpassungen würden, vor allem angesichts der niedrigen Inflation, schmerzhaft Lohnkürzungen erforderlich machen und könnten dazu führen, dass sich die Zahl der trotz Erwerbstätigkeit in Armut Lebenden (Working Poor) erhöht. Es bedarf einer Reihe von Maßnahmen zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplatzschaffung. Zusätzlich zu einer tragfähigen makroökonomischen Politik zur Ankurbelung der Erholung handelt es sich dabei u.a um Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit an den Güter- und Dienstleistungsmärkten, Maßnahmen, die entlassenen Arbeitskräften den Übergang in neue Beschäftigungsbereiche erleichtern, sowie eine Aufstockung der Einkommen von Geringverdienern.

Die Beschäftigungsqualität sollte verbessert werden

Die Arbeitsmarktentwicklung sollte sowohl in Bezug auf die Anzahl als auch die Qualität der Beschäftigungsmöglichkeiten beurteilt werden, d.h. die Arbeitsmarktpolitik sollte für mehr und bessere Arbeitsplätze sorgen. Es ist ein neuer konzeptueller und operationeller Rahmen entwickelt worden, um die Beschäftigungsqualität anhand von drei Dimensionen zu messen: Niveau und Verteilung der Arbeitsverdienste, Arbeitsmarktsicherheit und Qualität des Arbeitsumfelds. Die Länder weisen in Bezug auf jede dieser Dimensionen große Unterschiede auf, doch scheint es keine bedeutenden Zielkonflikte

zwischen Qualität und Quantität der Arbeitsplätze zu geben: Einigen Ländern gelingt es, in beiden Bereichen gut abzuschneiden. Beachtliche Unterschiede bei der Beschäftigungsqualität bestehen ferner zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen innerhalb der Länder. Junge Arbeitskräfte, geringqualifizierte Kräfte und befristet Beschäftigte scheinen viele Nachteile zu kumulieren. Demgegenüber erhalten hochqualifizierte Kräfte nicht nur Zugang zu mehr, sondern auch zu besseren Arbeitsplätzen. Niveau und Verteilung der Arbeitsverdienste hängen vom Stellenwert wachstumsfördernder Politikmaßnahmen, vom Zugang zu Bildung und von deren Qualität, von der Struktur der Lohnfindungsmechanismen (z.B. Mindestlöhne, Tarifverträge) sowie der Gestaltung des Steuer- und Transfersystems ab. Ausschlaggebend für die Arbeitsmarktsicherheit sind die Wechselwirkungen zwischen dem Beschäftigungsschutz, den Systemen der Arbeitslosenunterstützung (Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Abfindungen) und den aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen. Die Qualität des Arbeitsumfelds wird weitgehend durch die Wirksamkeit der Arbeitsschutzbestimmungen als Vorbeugung gegen berufsbedingte gesundheitliche Probleme, aber auch durch den sozialen Dialog und den Grad der sozialen Verantwortung des Arbeitgebers bestimmt.

Eine übermäßig starke Abhängigkeit von Zeitarbeit schadet den Menschen und der Wirtschaft

Die nichtreguläre Beschäftigung – d.h. alle Formen der Beschäftigung, die nicht von einem festen oder unbefristeten Vertrag profitieren – kann Unternehmen die nötige Flexibilität sichern, um ihren Personalbestand in einem sich wandelnden wirtschaftlichen Umfeld anzupassen. Sie kann auch auf eine freiwillige Entscheidung seitens der Arbeitskräfte zurückzuführen sein, die die mit dieser Vertragsform einhergehende Flexibilität bevorzugen. Der intensive Nutzung nichtregulärer Beschäftigungsverhältnisse kann jedoch negative Folgen sowohl für die soziale Gerechtigkeit als auch die Effizienz haben. Arbeitskräfte in solchen Beschäftigungsverhältnissen sehen sich häufig einer größeren Arbeitsplatzunsicherheit gegenüber als Arbeitskräfte in regulären Beschäftigungsverhältnissen. Gleichzeitig investieren die Unternehmen in der Regel weniger in nicht regulär Beschäftigte, was sich wiederum negativ auf ihre Produktivität und Humankapitalentwicklung auswirken kann. In den zwanzig Jahren, die der globalen Finanzkrise vorausgingen, expandierten die atypischen Beschäftigungsverhältnisse in vielen Ländern, da die Regierungen versuchten, die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt vor allem dadurch zu fördern, dass sie die Bestimmungen für nichtreguläre Beschäftigungsverhältnisse lockerten und die verhältnismäßig strengeren Bestimmungen für regulär Beschäftigte größtenteils unberührt ließen. Politikoptionen zur Verringerung der Zweiteilung des Arbeitsmarkts in regulär und atypisch Beschäftigte wären z.B. eine strengere Regulierung der Nutzung befristeter Arbeitsverträge bei gleichzeitiger Lockerung der Kündigungsbestimmungen für fest angestellte Arbeitskräfte. Mit Blick auf die Zukunft könnte eine Konvergenz der mit der Beendigung befristeter Arbeitsverhältnisse einhergehenden Kosten durch die Einführung eines standardisierten bzw. einheitlichen Arbeitsvertrags erhöht werden. Jede dieser Optionen erfordert die Überwindung von Schwierigkeiten bei der Umsetzung sowie ergänzende Reformen, um wirksam zu sein.

Sowohl Bildungsniveau als auch Kompetenzen sind in der ersten Phase der Arbeitsmarktbeteiligung und darüber hinaus von Bedeutung

Die Erhebung der OECD über die Fähigkeiten und Fertigkeiten Erwachsener (PIAAC) liefert neue Erkenntnisse über die Auswirkungen des Bildungsniveaus und einer Reihe von Kompetenzen auf zwei wichtige Arbeitsmarktergebnisse junger Menschen im Alter zwischen 16 und 29 Jahren: d.h. zum einen auf das Risiko, dass sie weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sind, und zum anderen auf die Höhe ihres Stundenlohns, wenn sie in Beschäftigung sind. Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung, die der Förderung höherer Bildungsabschlüsse, aber auch der Steigerung der Lese-, Mathematik- und Problemlösekompetenz sowie Verbesserung der den jungen Menschen bei der Auswahl ihres Ausbildungsfelds zur Verfügung stehenden Informationen zukommt. Auch Berufserfahrung hat erwiesenermaßen von Anfang an einen positiven Effekt auf das Verdienstniveau, was auch für allgemeine Kompetenzen gilt. Dennoch scheint es in einigen Ländern nur selten vorzukommen, dass Jugendliche Arbeit und Bildung kombinieren, und die meisten Schüler und Studierenden, die neben ihrer theoretischen Ausbildung einer Berufstätigkeit nachgehen, tun dies nicht im Rahmen von formalen Bildungsangeboten, die Berufserfahrung vermitteln, wie beruflichen Bildungsgängen oder Berufsausbildungen. Um Schüler und Studierende stärker mit dem Arbeitsmarkt vertraut zu machen, empfiehlt es sich daher nicht nur in berufliche Bildungsgänge und Berufsausbildungen Elemente des Lernens am Arbeitsplatz aufzunehmen bzw. diese auszuweiten, sondern auch Maßnahmen auszubauen, die es Schülern und Studierenden erleichtern, Arbeitsplatz Erfahrung zu gewinnen. Bei solchen Maßnahmen könnte es sich z.B. um die Beseitigung von Hindernissen handeln, die es Unternehmen schwer machen, Teilzeitkräfte einzustellen,

oder um die Einführung von Steueranreizen für die Beschäftigung von Schülern und Studierenden bis zu einer bestimmten Stundenzahl.

© OECD

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop www.oecd.org/bookshop

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30.

OECD Rights and Translation unit (PAC)

2 rue André-Pascal, 75116

Paris, France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights



Die komplette englische Fassung erhalten Sie bei OECD iLibrary!

© OECD (2014), *OECD Employment Outlook 2014*, OECD Publishing.

doi: 10.1787/empl_outlook-2014-en